

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Robert Antretter MdB
zu den europäischen
Erwartungen an An-
kara: Welchen Weg
geht die Türkei?

Seite 1

Markus Meckel MdB zu
den Perspektiven der
deutsch-polnischen
Beziehungen: Vor
neuen Herausforde-
rungen.

(Teil II und Schluß)

Seite 2

Dr. Gerhard Schmid
MdEP zur am 1. Juli
beginnenden britischen
EG-Ratspräsidentschaft: Jetzt heißt es,
höllisch aufpassen.

Seite 5

47. Jahrgang / 123

1. Juli 1992

Welchen Weg geht die Türkei?

Zu den europäischen Erwartungen an Ankara

Von Robert Antretter MdB

**Sprecher der deutschen Sozialdemokraten in der
Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

Die Debatte zu den Rechten des kurdischen Volkes in der Türkei, die von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am gestrigen Dienstag in Budapest geführt wurde, hat deutlich gemacht, daß die Wahrung der kulturellen und politischen Autonomie längst nicht mehr eine sogenannte interne Angelegenheit der jeweiligen Mitgliedstaaten des Europarates ist.

Zu den zwölf von den Außenministern der Europäischen Gemeinschaft im Dezember letzten Jahres aufgestellten Kriterien für die Anerkennung neuer Staaten heißt es ausdrücklich, daß die Bestimmungen der UN-Charta, der KSZE-Schlußakte und der Charta von Paris anerkannt und die Rechte ethnischer und nationaler Gruppen und Minderheiten gemäß der KSZE-Verpflichtungen gewährleistet werden müssen. Dieser Kriterienkatalog beweist, daß Staaten, die diese Bedingungen nicht einhalten können, nicht dem Kreis der europäischen Völkerfamilie zuzurechnen sind.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat sich seit Jahren mit der Gewährleistung der individuellen Menschenrechte und der Rechte der nationalen Minderheiten in der Türkei beschäftigt. Die türkische Regierung hat am 26. April 1992 ein Gesetz in die türkische Nationalversammlung eingebracht, das die Strafverfolgung an rechtsstaatliche Grundsätze anpaßt, wie sie bekanntlich auch in mehreren Konventionen des Europarates niedergelegt worden sind. Die rasche Verabschiedung dieses Gesetzes wäre eine Ermunterung für diejenigen unter uns, die schon immer die Auffassung vertreten haben, daß die Türkei einen integralen Bestandteil der Europäischen Völkerfamilie bildet und ihr als Brücke zu einigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wegen der besonderen kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen eine besondere Verantwortung zuwächst.

Es wäre eine Tragödie für das türkische Volk, wenn diese Justizreform verzögert und verschleppt würde und der Eindruck entstehen könnte, daß die 1982 angenommene Verfassung Ermächtigungsrechte für den Präsidenten enthält, die es ihm erlaubten, den Mehrheitswillen des türkischen Volkes zu ignorieren. Eine Revision der türkischen Verfassung, eine Abkehr von einem im sich einigenden Europa überholten strikten

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Freiwilliger Beitrag
nach Artikel 10 Absatz 1
Grundgesetz



nationalstaatlichen Souveränitätsverständnis und die verfassungsrechtliche Garantie von Volksgruppenrechten wären ermutigende Anzeichen für die Tragweite der politischen Veränderungen in der Türkei.

Die jüngsten türkisch-griechischen Gespräche sind ein ermutigendes Zeichen, und es würde einen großen Schritt nach vorn darstellen, wenn beide Regierungen über die Schutzgarantien des Vertrages von Lausanne aus dem Jahre 1923 hinaus - der bekanntlich die Rechte der jeweiligen türkischen und griechischen Minderheiten regelt - sich auf eine Anpassung und Erweiterung der Rechte der ethnischen Minderheiten verständigen könnten. Vielleicht wäre diese Einigung auch ein Signal für die Wahrung der Rechte des kurdischen Volkes.

Gewalt darf nie ein Mittel sein um die Rechte nationaler Minderheiten durchzusetzen. Die Sozialdemokraten im Europarat verurteilen deshalb alle Terrorakte einiger kurdischer Gruppierungen, die durch nichts zu rechtfertigen sind. Mit der gleichen Entschiedenheit verurteilen wir aber auch den Einsatz türkischer Truppen gegen einige kurdische Dörfer, die wir mit Beschämung verfolgt haben. Mit militärischer Gewalt, auch wenn diese mit dem Kampf gegen die Terrorakte gerechtfertigt wird, lassen sich ethnische Konflikte nicht befrieden.

Im Gegenteil: Die Spirale der Gewalt eskaliert weiter, weil extremistische Gruppierungen ihre Terrorakte mit dem Kampf gegen eine sogenannte Besatzerarmee zu legitimieren suchen, indem sie gezielt gegen militärische Einrichtungen vorgehen, um die für eine friedliche Lösung aufgeschlossene Bevölkerung auf ihre Seite zu bringen. Wir können diese Eskalation der Gewalt aus Nordirland und aus dem Baskenland. Um so wichtiger ist es, daß das sogenannte türkische Antiterrorismusgesetz vom 12. April 1991 im Hinblick auf die Wahrung und Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze überprüft wird und der Ausnahmezustand im Südosten der Türkei aufgehoben wird.

Die Türkei steht an einem Wendepunkt: Wenn jetzt der Durchbruch zu einem rechtsstaatlichen Rahmen, der die Einhaltung der Menschenrechte uneingeschränkt sichert, gelingt, kann die türkische Regierung sämtliche Vorbehalte hinsichtlich der Individualbeschwerde gemäß Artikel 25 der Menschenrechtskonvention aufgeben. Wird das Gesetz zur Justizreform verwässert und verzögert und behält die türkische Regierung ihre Vorbehalte hinsichtlich der Rechtssprechung des Menschenrechtsgerichtshofes bei, wäre dies ein ernsthafter Rückschlag für die rechtsstaatliche Reform in der Türkei der letzten Jahre. Sie hätte auch ernsthafte Rückwirkungen auf den Europarat, in dessen Ministerkomitee die Türkei bekanntlich derzeit den Vorsitz führt.

Es ist deshalb zu hoffen, daß alle demokratisch legitimierten Kräfte die Justizreform in den nächsten Monaten erfolgreich im Parlament verabschieden werden.

(-/1. Juli 1992/rs/ks)

Vor neuen Herausforderungen

Zu den Perspektiven der deutsch-polnischen Beziehungen (Teil II und Schluß)

Von Markus Meckel MdB*

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Polen der SPD-Bundestagsfraktion

Die schwierige Geschichte zwischen Deutschland und Polen ist alt und sie ist besonders belastet durch die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts. Doch auch die deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichten spielen hier ihre Rolle. Ich benutze hier den Plural, weil die Beziehungen sich nicht nur zwischen beiden deutschen Staaten und Polen deutlich unterscheiden, sondern auch in der Gesellschaft selbst. Das Verhältnis der Bundesrepublik zu Polen war immer stark bestimmt und belastet von der Grenzfrage und der Situation der deutschen Minder-

heit in Polen und der Möglichkeit ihrer Ausreise. Das kommunistische Polen wiederum leugnete im eigenen gesellschaftlichen Leben diese Minderheit. In den achtziger Jahren spielte dann die zum Teil zwiespältige und schwierige Haltung insbesondere von Sozialdemokraten gegenüber der Gewerkschaft Solidarnosc eine wichtige und für die Zukunft belastende Rolle. Gleichzeitig gewann die Bundesrepublik nach dem Warschauer Vertrag besonders für die jüngere Generation eine große Anziehungskraft.

Die DDR hatte die Grenze von Anfang an anerkannt, zu Polen bestand eine ideologische Freundschaft, die nicht seltene interne Spannung zu verdecken suchte. Nationale Fragen und ihre Geschichte konnten per Definition keine Rolle spielen, da man ja gemeinsam den Fortschritt der Geschichte repräsentierte. In den 70er Jahren wurden die Grenzen zu Polen geöffnet und es konnten vielfältige Begegnungen stattfinden. Viele junge Deutsche aus der DDR wurden erst in diesen Begegnungen mit ihrem Deutschtum, mit der Geschichte ihres Volkes als eine auch sie betreffende Angelegenheit konfrontiert. Seit Anfang der 80er Jahre wurde der normale Besucherverkehr enorm erschwert und behindert, um möglichst jeden Einfluß von Solidarnosc auf die DDR-Gesellschaft zu verhindern und die DDR-Regierung scheute sich auch nicht, antipolnische Ressentiments zu schüren. So war die DDR und auch ihre Bevölkerung für viele Polen mehr ein finsternes Land, infiziert von der kommunistischen Ideologie, die dort offensichtlich konsequenter im gesellschaftlichen Leben umgesetzt wurde als in Polen. So ist oft noch heute eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Ostdeutschen spürbar, denen man auch eine größere Ausländer- und Polenfeindlichkeit zuschreibt. Dieses Mißtrauen wird natürlich durch Berichte von Überfällen auf Polen in der Nähe der Grenze verstärkt und bestätigt.

Beiderseits der deutsch-polnischen Grenze gehörte es zum gesellschaftlichen System, sich durch Geschichtsklitterung die nötige Legitimation zu verschaffen. So ist es schon für die normale Bevölkerung in Polen, noch mehr aber für die im Osten Deutschlands eine wichtige Aufgabe, ein realistisches Bild von der eigenen Geschichte und Herkunft zu bekommen, das helfen wird, die Beziehungen zueinander differenzierter zu betrachten und Zusammenhänge zu erkennen.

*

Dazu kommt ein anderes, neues Problem. Die Zukunftsängste und die soziale Verunsicherung sind, wie bekannt, im Osten Deutschlands sehr groß, und nicht ohne Grund. So wächst insbesondere in Grenznähe die Angst vor billigen Arbeitskräften, die - so eine durchaus verbreitete Stimmung - die eigenen Arbeitsplätze wegnehmen. Auf der anderen Seite ist aus der Sicht der Polen klar, daß die Deutschen wieder einmal die Sonnenseite des Schicksals erlebt haben und natürlich durch die Hilfe Westdeutschlands viel schneller auf die Beine kommen werden, als man es sich in Polen zu träumen wagt. Und das ist ja mit Sicherheit auch richtig. Diese unterschiedliche Wahrnehmung der eigenen Situation erschwert noch einmal das wirkliche Verstehen der Lage des anderen und seiner Sorgen, weil oft die eigenen Ängste die Menschen voll ausfüllen und die Aufmerksamkeit für die Nöte des anderen herabsetzen.

Anders als im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Kriege, wo beide Länder sich von den Folgen des Krieges erholen mußten, wird es eine der zentralen Schwierigkeiten sein, die unterschiedlich schnelle ökonomische Entwicklung beider Länder zu verkraften und trotzdem und gerade wirkliches Zusammenleben an der Grenze zu gestalten.

Zur Erinnerung: Die Menschen, die beiderseits der Grenze wohnen, kennen sich nicht. Während der 80er Jahre war die Grenze wie schon gesagt für den normalen privaten Besucherverkehr geschlossen. Gerade im Grenzland gab es, als im letzten Jahr die Visafreiheit eingeführt wurde, noch die Erinnerung an die 70er Jahre, in denen Polen während der Zeit der Visafreiheit die Läden leerkauften, die sich durch die Mangelwirtschaft nicht wieder füllten, was zu Ärger und Unruhen führte. Die Menschen östlich der Grenze wurden dorthin erst nach dem Krieg aus Ostpolen umgesiedelt und lebten lange in der Angst, sie müßten das Land irgendwann wieder verlassen. Diese Ängste kamen in den letzten Jahren wieder hoch.

Begegnungen an der Grenze intensivieren

Die deutsch-polnische Grenze ist eine der schärfsten Sprachgrenzen Europas. Es gibt kaum Übergänge, die Brücken sind seit Kriegsende zerstört, wie die Ausstellung "Land ohne

Brücken", die zur Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands und Polens gezeitigt wird, drastisch vor Augen führt. So ist einfach die reale Möglichkeit der Begegnung der Menschen so eingeschränkt, daß an ein auch das tägliche Leben prägendes wirkliches Zusammenleben der Menschen entlang der Grenze, wie es an Deutschlands Westgrenze seit langem Realität ist, in näherer Zukunft nicht gedacht werden kann. Genau das aber ist nötig und bedarf der verstärkten Anstrengung. Ich weiß, hier wird einiges versucht und es geschieht auch was, doch zu wenig und viel zu langsam.

Deutsche und westeuropäische Planung auf allen Ebenen darf an der Grenze nicht enden. Im Februar diesen Jahres ist ein deutsch-polnisches Raumordnungsabkommen abgeschlossen worden. Trotzdem scheint mir das Verfahren noch zu schwerfällig. Es ist noch zu wenig im Blick, daß jede planende Behörde schon in der Vorbereitungsphase und auf Arbeitsebene die Abstimmung und den Kontakt mit der anderen Seite sucht, um den Grenzraum wirklich zum gemeinsamen Lebensraum der dort lebenden Menschen zu machen. Als Grenze Deutschlands und der EG bedarf dieser Grenzraum einer gezielten Förderung, die trotz vieler Gespräche noch immer auf sich warten läßt. Einer Förderung der beteiligten Länder, des Bundes und der EG. Brandenburg und Berlin haben hierzu Vorstellungen entwickelt, die unter dem Namen "Stolpe-Plan" manche Diskussion und, wie ich denke, auch Bewegung ausgelöst haben. Ich weiß, für solche Förderung die Anerkennung aller Beteiligten schon im Bund, besonders aber in der EG zu bekommen, ist schwer, doch liegt es wirklich im Interesse nicht nur der grenznahen Region selbst und wird zum Erfolg führen müssen. Bisher ist es nur möglich, Förderung für den deutschen Teil des Grenzraumes zu erhalten, - ein Zeichen dafür, daß die EG sich der Bedeutung ihrer Außengrenzen nach Osten noch viel zu wenig bewußt ist.

Seit einem Jahr arbeitet eine Regierungskommission beider Länder, die sich mit der Zusammenarbeit in diesem Bereich befaßt. Zur Zeit sind die Kommunen entlang der Grenze dabei, sich zu sogenannten Euroregionen zusammenzuschließen. Sie wollen miteinander regeln, was sie kommunal miteinander regeln und machen können - und das ist viel. Darüberhinaus werden sie sich aber auch bei den Regierungen stark machen, diesen Regionen noch stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. Am weitesten in der Institutionalisierung dieser Interessen ist die Euroregio Neiße am Dreiländereck zwischen Polen, der Tschechoslowakei und Sachsen.

*

Oft habe ich den Eindruck, daß die Dimensionen und die Bedeutung des deutsch-polnischen Verhältnisses für die Zukunft Deutschlands von vielen noch nicht begriffen worden ist. Sie sind ebenso wichtig wie die zu Frankreich und brauchen heute ein Vielfaches der Anstrengung, einfach weil Normalität im Verhältnis zu Frankreich schon erreicht ist, zu Polen aber noch aussteht. Polen ist von Krisen geschüttelt und es ist, unser Interesse, zur Stabilisierung, wo immer wir können, beizutragen. Hier denke ich nicht zuallererst an große Summen für den Haushalt und große Kredite, sondern an die gezielte Förderung von Kooperation auf allen Ebenen. In der kurzen Zeit der demokratischen DDR habe ich es in der gegründeten Partei, in der Volkskammer und im Ministerium erlebt, wie wichtig es ist, kompetente Personen zu haben, mit denen man sich beraten kann. Experten, die in Kenntnis demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen von der kommunalen bis zur nationalen Ebene sich auf die neue Situation einlassen und helfen, selbst möglichst schnell und vielseitig handlungsfähig zu werden und die politischen Entscheidungen zu administrieren. Wir haben es ja in den östlichen Ländern erlebt, wie wichtig eine gut funktionierende Verwaltung ist, gerade auch für die ökonomische Entwicklung. Das Schaffen klarer Strukturen, wo nicht erst gesucht werden muß, wer was denn eigentlich entscheidet und zuständig ist, ist von zentraler Bedeutung. Hier ist vielfältigste Initiative nötig und möglich. Überall, wo es Partner und gute Konzepte gibt, darf es am Geld nicht scheitern - wie es oft noch geschieht. Eines sollten wir aus dem deutschen Einigungsprozeß gelernt haben: Was mir heute zu teuer scheint, wird morgen teurer. Wichtig sind die richtigen Konzepte und eine vereinfachte Entscheidungsstruktur für solche Mittel. Mir jedenfalls scheint ein so pluralistischer Ansatz der Kooperation billiger und wirksamer sein, als große Summen in tiefe schwarze Löcher zu stecken, wie es in der Vergangenheit nicht selten geschehen ist.

Natürlich brauchen wir dafür in einem demokratischen Land die Akzeptanz der Bevölkerung. Und damit sieht es zur Zeit möglicherweise nicht so gut aus. Die Deutschen sind auf sich

selbst orientiert und ihre Probleme und insbesondere in Ostdeutschland ist der Blick nach jahrzehntelangem Ausgegrenztsein weitgehend nach Westen gerichtet. Bei deutschen Jugendlichen, die zwischen 27 Nationen Sympathiepunkte verteilen konnten, landete Polen vor Türken und Arabern auf dem 25. Platz (Welt 11. Dezember 1991). Doch das beschreibt nur eine, wenn auch schwierige Aufgabe, zu der es im Einzelnen keine vernünftige Alternative gibt. Viele stärker als bisher müssen in der Öffentlichkeit von Politikern, Medien und Bildungsträgern die Situation in Europa und unsere Interessen deutlich gemacht werden.

Wie die Polen hat die deutsche Minderheit unter der Diktatur Polens in den vergangenen Jahrzehnten sehr gelitten, sie zusätzlich dadurch, daß sie durch ihre nationale Identität belastet waren. So trugen sie schwer an den Folgen der deutschen Schuld gegenüber Polen, die ihnen angelastet wurde. Vielfach waren sie gedrängt, ihr Deutschsein zu verleugnen. Auch die DDR tat nichts zur Verbesserung ihrer Situation, was wohl möglich gewesen wäre. In den drei Jahren Demokratie in Polen konnte sie sich organisieren und gewann gleiche Rechte, einschließlich des Rechts, ihre nationale Identität zu pflegen. Der Nachbarschaftsvertrag beschreibt diese Rechte weitgehend mit den Formulierungen, die bei der KSZE-Konferenz 1990 in Kopenhagen gefunden worden waren. Sie gewannen dadurch erstmalig völkerrechtliche Gültigkeit. Inzwischen sitzen Vertreter der deutschen Minderheit im Sejm. Die Gruppe im Sejm hat sich mit der Demokratischen Union und den Liberalen zur sogenannten kleinen Koalition zusammengeschlossen, was zeigt, daß sie nicht nationalistische Eigeninteressen verfolgen, sondern sich aktiv an der Gestaltung der polnischen Politik beteiligen, weil sie erkannt haben, daß Stabilität und Wohlstand in Polen auch ihnen zugutekommen und sie von Krisen ebenfalls betroffen sind.

Natürlich gibt es auch nicht wenige Probleme, verursacht durch Empfindlichkeiten nach langen Jahren schlechter Erfahrung, aber auch durch Nationalismus, bei den Deutschen wie bei Polen. Der Einfluß des BdV, der zwar immer mehr gespalten ist, übt hier auch heute noch unseelige Wirkungen aus. Ich denke nur an die Rede Czajas auf dem letzten Schlesiertreffen. So sollte genau überprüft werden, ob ein Verband, der nicht bereit ist, die vertraglichen Grundlagen der deutsch-polnischen Beziehungen anzuerkennen, von öffentlicher Hand Mittel erhalten kann für seine Aktivitäten in Polen. Jedenfalls wird man sich die Verwendung dieser Mittel einmal genau ansehen müssen. Gleichzeitig wird man sich dann aber auch darum kümmern müssen, andere gesellschaftlichen Gruppen aus dem ganzen politischen Spektrum zu aktivieren, in die deutsch-polnischen Beziehungen auch die deutsche Minderheit einzubeziehen.

(-/1. Juli 1992/rs/ks)

* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den der seinerzeitige Außenminister der gewendeten DDR im Club der Evangelischen Akademie Tutzing gehalten hat.

Jetzt heißt es, höllisch aufpassen

Zur am 1. Juli beginnenden britischen EG-Ratspräsidentschaft

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

John Major ante portas. Am heutigen 1. Juli beginnt mit der Übernahme der sechsmonatigen EG-Ratspräsidentschaft durch Großbritannien die Runde der 'Anti-Europäer'. Denn am 1. Januar 1993 folgen für das nächste halbe Jahr die Dänen. Da heißt es höllisch aufpassen, wenn die Europäische Integration nicht Schaden nehmen soll. Vor allem wir Deutsche sind gewarnt. Die Regierung Kohl-Möller muß sich zwölf Monate ins Zeug legen, damit das vereinigte Deutschland seinen Platz in einem vereinten Europa findet.

Die Alternative wäre ein starkes Deutschland in einem schwachen Europa. Die Politik John Majors, der ein starkes Europa verhindern will, könnte dorthin führen. Die Dänen würden dann womöglich genau das herbeizaudern, was sie mit ihrer Volksabstimmung unter anderem vereiteln wollten: ein zu starkes Deutschland in einem zu schwachen Europa! Wir Sozialdemokraten beobachten den Beginn der britischen Präsidentschaft skeptisch. Europas Count Down könnte in der Downing Street beginnen. John Major wird die Zeit nutzen. Und zwar im Sinne seiner Vorgängerin Maggy Thatcher - vielleicht nicht so laut, aber deshalb wahrscheinlich wirkungsvoller.

Er möchte die EG als lockeren Staatenbund auf der Basis des Freihandels. Eine EFTA de luxe, am besten ohne Sozial- und Sicherheitspolitik. Statt Vertiefung der Integration Verwässerung durch Verbreiterung: Möglichst viele Bewerber hinein in den Verein, denn das verhindert - ist die Vertiefung zuvor unterlassen worden - ein immer erfolgreicherer Zusammenarbeiten bis hin zu einem echten Zusammenwachsen Europas.

Die Pro-Europäer wissen, was die Stunde schlug, spätestens seit London das Ratifizierungsverfahren für den Maastricht-Vertrag ausgesetzt hat. Wir müssen den Anfängen wehren und John Major klammern, welchen Kurs die Mehrheit der EG-Mitglieder steuern will. Denn andernfalls droht nach dem Zerfall der UdSSR und ihres Satellitensystems und der Auflösung Jugoslawiens eine katastrophale Schwächung des westlichen Europas, das gerade an der Schwelle zur Selbstbehauptung steht.

Major wird seiner Präsidentschaft Feldbahnen aufpflanzen, unter denen wir - wegen ihrer Beliebtheit - auch rasch den Bundeskanzler Kohl und seinen liberalen Vizekanzler Müllemann finden können: "Die Zentralisierung der EG beenden und die EG-Kommission strenger kontrollieren." Das sind populäre Versprechungen, denen Belfall (natürlich auch aus sozialdemokratischen Parlaments-Bankreihen) sicher ist. Aber auf das Wie kommt es an...

Einen Vorgeschmack gab die jüngste Ratstagung der Sozialminister. Seither wissen wir, daß Dezentralisierung für die Briten "Anerkennung des nationalen Besitzstandes" bedeutet: Sozialunion ohne Mindestkriterien, keine Verwirklichung der 48-Stunden-Woche in Großbritannien, dafür auch weiter Sonntagsarbeit, Beschränkung der Nachtarbeit auf acht Stunden und Mindestruhezeit von elf Stunden pro Tag und 35 Stunden im Stück? Bezahlter Mindesturlaub von vier Wochen? "Irrelevant" ließ der künftige Vorsitzende der EG-Sozialminister, Gillian Shephard, wissen. Da fragt man sich, was Norbert Blüm dazu gesagt hat und welches europapolitische Konzept der deutsche Sozialminister hat und in den nächsten zwölf Monaten durchzusetzen gedenkt. Seine bisherige Rolle läßt Schlimmes ahnen. Unrühmlich sein Beitrag zum besseren Schutz schwangerer Arbeitnehmerinnen, als er sich im Ministerrat dafür aussprach, Schwangerschaften mit Krankheiten gleichzusetzen. Das also ist sein Beitrag für den besseren Schutz des ungeborenen Lebens.

Und wo steht bei dem angesagten europapolitischen Roll-back das Duo Kohl/Müllemann?

Sozialdemokraten, soziale Christdemokraten und Gewerkschafter haben die nächsten Monate jedenfalls allen Grund, hellwach zu sein und die Öffentlichkeit zu alarmieren. Schlafmützigkeit droht teuer zu werden.

(-/1. Juli 1992/rs/ks)
